

"Nationalukrainischer Befreiungskampf" - Die Umwertung des Zweiten Weltkriegs in der Ukraine

Jilge, Wilfried

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jilge, W. (2008). "Nationalukrainischer Befreiungskampf" - Die Umwertung des Zweiten Weltkriegs in der Ukraine. *Ukraine-Analysen*, 45, 23-28. <https://doi.org/10.31205/UA.045.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

»Nationalukrainischer Befreiungskampf« Die Umwertung des Zweiten Weltkriegs in der Ukraine

Von Wilfried Jilge, Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V. Leipzig

Zusammenfassung

Solange die Ukraine zur Sowjetunion gehörte, bestimmten die Symbole und Praktiken des Mythos vom *Großen Vaterländischen Krieg* das Gedenken an den Krieg. Seit der Unabhängigkeit verändert sich die ukrainische Erinnerungskultur. Zwar bleibt der Zweite Weltkrieg ein zentrales Thema. Doch Nationalhistoriker deuten ihn aus nationalukrainischer Sicht neu. In den Mittelpunkt der staatlichen Geschichtspolitik und der öffentlichen Erinnerungskultur rückt der Untergrundkampf der »Organisation der Ukrainischen Nationalisten« (OUN) und der »Ukrainischen Aufstandsarmee« (UPA). Deren Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht und die Verwicklung in den Judenmord sind in der Öffentlichkeit weitgehend tabu. Die Identitätsstiftung und Konsolidierung einer an demokratischen Werten orientierten Nation gelingen jedoch nur, wenn diese weißen Flecken der Geschichte der Nationalbewegung aufgearbeitet werden.

Einleitung

Die Ukraine war einer der Hauptschauplätze des Zweiten Weltkrieges. Ihre Bevölkerung wurde Opfer der schlimmsten Kriegsverbrechen der deutschen Besatzungsherrschaft. Die für Staat und Gesellschaft existentielle Kriegserfahrung ist durch Zeitzeugen und deren mündliche Überlieferung in der heutigen Erinnerung der Ukrainer noch unmittelbar gegenwärtig. In der Ukraine gehört der 9. Mai, der »Tag des Sieges« der Roten Armee im *Großen Vaterländischen Krieg*, zu den bedeutendsten gesetzlichen Feiertagen. In den östlichen und südlichen Regionen, aber auch in Teilen der Zentralukraine dominieren noch immer sowjetische Rituale und Traditionen das Gedenken an den Krieg, ohne dass es in diesen völlig aufgeht. Anders ist das Bild in den galizischen und wolhynischen Gebieten der Westukraine. Hier prägt das Gedenken an den Untergrundkampf der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (*Organisazija Ukraïnskych Nazionalistiv*, OUN) und der Ukrainischen Aufstandsarmee (*Ukraïnska Powstanska Armija*, UPA) die öffentliche Denkmals- und Erinnerungskultur.

Die überwiegende Mehrheit der Ukrainer war Opfer von Krieg und Besatzungsregime. Nach unterschiedlichen Schätzungen hat die Ukraine mit fünf bis sieben Millionen oder gar mehr Menschen gewaltige Bevölkerungsverluste erlitten. Gleichzeitig war die Ukraine ein Hauptschauplatz der Vernichtung der europäischen Juden. Nationalistische Organisationen der Ukrainer, aber auch viele Bewohner kollaborierten in unterschiedlichen Perioden mit den Deutschen oder waren in die Verbrechen der deutschen Besatzungsmacht verstrickt. Die Aufarbeitung wird erschwert, weil die ukrainische Gesellschaft mehrere totalitäre Vernichtungs-

erfahrungen verarbeiten muss: Die Bevölkerung der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (URSS) war bereits vor dem Krieg Opfer sowjetischen Terrors, besonders brutal von der Großen Hungersnot 1932/33 betroffen und erlebte im Krieg aufeinanderfolgende, wechselnde und doppelte Besatzungen.

Geschichtspolitische Kontroversen um den Zweiten Weltkrieg

Die Delegitimierung des Mythos vom *Großen Vaterländischen Krieg*, der seit den 1960er Jahren zum staatsfundierenden Mythos der Sowjetunion geworden war, und die Integration der neuen Sichtweise des Krieges in das nationale Geschichtsbild setzten in der Ukraine erst gegen Ende der Perestrojka ein. Damit ging eine Infragestellung des sowjetischen Systems und der Zugehörigkeit der Ukrainischen Sowjetrepublik zur Sowjetunion einher.

Die Deutung des Krieges und die damit verbundene und von Teilen der Nationalbewegung angestrebte Aufwertung von OUN und UPA waren in der Ukraine seit der Perestrojka nicht nur innenpolitisch zwischen den Anhängern der Nationalbewegung *Ruch* und der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) umstritten, sondern überlagern seit der Unabhängigkeit auch die außenpolitischen Kontroversen mit Russland etwa um die Schwarzmeerflotte und den Status der Krim.

Gleichwohl gelang es in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit verhältnismäßig zügig, die individuelle und juristisch-vergangenheitspolitische Dimension der UPA-Problematik zu lösen. In dem Gesetz »Über den Status der Kriegsveteranen und die Garantien ihres sozialen Schutzes« vom 22. 10. 1993 wurden Kämpfer der Ukrainischen Aufstandsarmee, die an den

Kampfhandlungen gegen die deutsch-faschistischen Eroberer in dem zwischenzeitlich besetzten Territorium der Ukraine in den Jahren 1941 bis 1944 teilnahmen und keine Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit begingen, ausdrücklich als »Teilnehmer an Kampfhandlungen« anerkannt und erhielten so den offiziellen Status von Kriegsveteranen. Höchst umstritten blieb aber die geschichtspolitische Dimension: die Forderung nach Rehabilitierung der Kämpfer von OUN und UPA als Kämpfer für die »Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine«. Erhoben wurde diese Forderung erstmals 1991 von Veteranen der UPA, nationalistischen Parteien und einem großen Teil der aus der Unabhängigkeitsbewegung *Ruch* hervorgegangenen nationaldemokratischen Kräfte im ukrainischen Parlament. »Organisationen der Veteranen der Ukraine«, d.h. die Vertretung der Veteranen der Roten Armee sowie linke Parteien (kommunistische Abgeordnete und Teile der Sozialistischen Partei der Ukraine/SPU), lehnten die Forderung entschieden ab, da sie in OUN und UPA meist pauschal »Verräter des ukrainischen Volkes« und Kollaborateure der deutschen Faschisten sehen. Die Frage, wie OUN und UPA einzuschätzen sind, ist bis heute eine Schlüsselfrage in den öffentlichen Kontroversen um ein nationales (Kriegs-)Geschichtsbild.

Nationale Akzentverschiebung unter Präsident Juschtschenko

Der im Januar 2005 als Präsident vereidigte Viktor Juschtschenko und die »orangefarbenen Regierungen« setzten in ihrer Geschichtspolitik deutlich stärkere nationale Akzente als dies in der späten Kutschma-Ära der Fall gewesen war. In einem wesentlichen Punkt unterschied sich Juschtschenko von seinem Vorgänger: Er ließ die ukrainischen Medien unangetastet und nutzte sie nicht zur Manipulation der regional unterschiedlichen Erinnerungskulturen. Vielmehr präsentiert er der ukrainischen Öffentlichkeit in allen Regionen ein national ausgerichtetes Geschichtskonzept: Er thematisiert die Erinnerung an »nationale Helden«, z. B. den in den russländisch-ukrainischen Beziehungen höchst umstrittenen Kosakenhetman Iwan Masepa auch bei Auftritten in den überwiegend russischsprachigen südlichen und östlichen Regionen, wo die Identifikation mit ukrainischen Helden deutlich geringer ist als im Westen des Landes.

Einer der Schwerpunkte auf der geschichtspolitischen Agenda von Präsident Juschtschenko und seinen Anhängern in der Parlamentsfraktion *Unsere Ukraine* sowie des *Blocks Julia Timoschenko* wurde die Aufarbeitung der totalitären sowjetischen Vergangenheit. Im

Zentrum stand zunächst die staatliche Erinnerung an die Opfer der Großen Hungersnot 1932/1933 (*Holodomor*) in der Ukraine. Kristallisationspunkt wurde der vom Präsidenten ins Parlament eingebrachte und schließlich leicht modifiziert verabschiedete Gesetzesentwurf, mit dem der Holodomor als ein von der sowjetischen Führung geplanter Genozid am ukrainischen Volk anerkannt werden sollte. Auch die Rehabilitierung der OUN und der UPA als »Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine« rückte in den Mittelpunkt der offiziellen Geschichtspolitik.

Auf Initiative des Präsidenten wurde im Juli 2005 das *Ukrainskyj instytut nazionalnoi pamjati* (Ukrainische Institut des nationalen Gedenkens, UINP) gegründet. Als »zentrales Organ der exekutiven Gewalt mit speziellem Status« soll es die staatliche Geschichtspolitik fördern und popularisieren. Die im Juli 2006 beschlossenen Statuten des Instituts lesen sich wie ein Programm zur Förderung der Nationsbildung und eines ethnonationalen Geschichtsbildes. Das Holodomor-Gedenken und die »Verewigung des Gedenkens ... der Kämpfer für Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine« bilden derzeit neben der Verbreitung von »objektiven Informationen« zur ukrainischen Geschichte den Schwerpunkt.

Am 14. Oktober 2005 unternahm die Regierung Jechanurov anlässlich des offiziellen Gründungstages der UPA erste Schritte zur Rehabilitierung und Anerkennung der Veteranen von OUN und UPA. Unter dem Vorsitz des Vizepremierministers für humanitäre Angelegenheiten, Wjatscheslaw Kyrylenko, billigte die Regierungskommission zur Untersuchung der Tätigkeit von OUN und UPA die fachliche Schlussfolgerung der Historiker-Arbeitsgruppe am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Ukraine. In einem Interview betonte Kyrylenko: OUN-UPA waren derjenige militärisch-politische Faktor, der unmittelbar Einfluss auf den Kampf des ukrainischen Volkes für Staatlichkeit und Souveränität nahm.

Schon hier stand nicht mehr die umfassende rechtliche Rehabilitierung der Veteranen der UPA, sondern die geschichtspolitische Legitimationsfunktion von OUN und UPA im Vordergrund.

Bereits zuvor präsentierten Historiker der Akademie der Wissenschaften und der Kiewer Universitäten die Umwertung des Kriegsgeschichtsbildes in einem Offenen Brief an die gerade eingesetzte »orangefarbene« Staatsführung. In dem Brief forderten die Historiker »eine ukrainozentrische Konzeption« der Geschichte des Krieges. Im Sinne der moralisch-ideologischen Umwertung der sozialistischen Vergangenheit stellten

sie die »ideologisierte« und »mythologisierte« sowjetische Konzeption der (eigenen) »objektiven« Forschung gegenüber. Hinter den nachvollziehbaren Warnungen vor den Nachwirkungen der sowjetischen Geschichtspromaganda trat jedoch unverhüllt die Absicht hervor, die unabhängige Ukraine durch eine Umwertung der Geschichte politisch und moralisch zu legitimieren.

Als unmittelbaren Anlass für ihr Anliegen nannten die Historiker die drohende Rückkehr der »Stalinschen-Breshnewschen Konzeption der Geschichte des Krieges« in die Geschichtsschulbücher der Ukraine, die von linken bzw. kommunistischen Kräften und dem Veteranenverband der Soldaten der Roten Armee betrieben werde. Diese dramatische Beschwörung von Gefahren für das nationale Gedächtnis war nach der späten Kutschma-Zeit und ihrer resowjetisierenden Geschichtspromaganda zwar verständlich, nach dem Sieg der »orangefarbenen« Kräfte aber weit übertrieben. Sie war jedoch geeignet, dem Problem Aufmerksamkeit zu verschaffen und sich der neuen Regierung als »Hüter der Nationalgeschichte« für weitere Aufgaben zu empfehlen.

Trotz der sich abzeichnenden nationalen Umwertung des öffentlichen Bildes von der Geschichte des Krieges räumte Präsident Juschtschenko der Versöhnung der Veteranen beider Seiten zunächst Priorität ein, um die »Eintracht« und die »Konsolidierung der Nation« in der nach der »orangefarbenen Revolution« polarisierten Gesellschaft zu fördern. Anlässlich des 60. Jahrestages des »Sieges im *Großen Vaterländischen Krieg*« rief der Präsident die Veteranen zur Versöhnung auf. Die Vorstellung vom ukrainischen Volk als einer heroischen Opfation diene als Gemeinsamkeit. Zugleich sollte das Heldentum der Millionen Ukrainer, die sowohl auf Seiten der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg als auch als Kämpfer von OUN/UPA umgekommen waren, dem nationalen Selbstbewusstsein als Quelle dienen:

Ich bin überzeugt, dass die Ukraine stolz sein soll, dass wir zu den Staaten gehören, die in den Jahren des Zweiten Weltkrieges gesiegt haben. Und die Menschen, die unsere Erde, die uns und unser Land vertreten haben, sind unsere Helden.

Diese öffentlich inszenierte Versöhnung hatte allerdings wenig Erfolg. Sie scheiterte u. a. deswegen, weil ein Dialog über inkompatible Kriegserfahrungen nicht kurzfristig »von oben« in Gang gesetzt werden kann. Darüber hinaus lag dem Projekt bereits eine für die offiziellen Nationalhistoriker charakteristische, aber von den sowjetischen Veteranen nicht tolerierte Prämisse zugrunde: Demnach bedurfte es nur der Reinigung der OUN/UPA-Geschichte von sowjetischen Stereotypen,

um ihren wahren Charakter als antitotalitäre Widerstandsbewegung sichtbar zu machen und ihr in breiten Teilen der Gesellschaft zu Akzeptanz zu verhelfen.

Der Zweite Weltkrieg als Teil des »Nationalen Befreiungskampfes«

Präsident Juschtschenko wies anlässlich des Gründungstages der UPA im Oktober 2006 die Regierung Janukowitsch an, die fachliche Schlussfolgerung der Historiker-Arbeitsgruppe als Ausgangspunkt zu nehmen und einen Gesetzentwurf zur Anerkennung von OUN und UPA als ukrainische Befreiungsbewegung der 1920er bis 1950er Jahre auszuarbeiten. Der Präsident wählte das in der ukrainischen Gesellschaft am meisten umstrittene Thema, um die »Konsolidierung ... der ukrainischen Nation« und die »Erneuerung des nationalen Gedächtnisses« zu fördern. Die unter Juschtschenkos politischem Rivalen Janukowitsch amtierende Regierung unternahm freilich keine Anstrengungen, den Erlass umzusetzen.

Mit dem knappen Sieg der orangefarbenen politischen Kräfte bei den Parlamentswahlen 2007 und ihrer Rückkehr in die Regierung schienen sich die Voraussetzungen für die Anerkennung von OUN und UPA durch das Parlament wieder verbessert zu haben. Im Januar 2008 brachte Präsident Juschtschenko den Gesetzentwurf »Über den rechtlichen Status der Teilnehmer des Kampfes für die Unabhängigkeit der Ukraine zwischen den 20er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts« ein. Mit diesem Gesetz sollten Personen als Teilnehmer des Kampfes für die staatliche Unabhängigkeit anerkannt werden, die in der *Ukrainischen Militärischen Organisation (UVO)*, in der *Karpaten-Sitsch*, der OUN, der UPA oder im *Ukrainischen Hauptbefreiungsrat (UHWR)* am politischen Kampf, am Partisanen- und Untergrundkampf bzw. am bewaffneten Kampf zwischen den 1920er bis 1990er Jahren für die Freiheit und Unabhängigkeit der Ukraine teilgenommen hatten. Dazu zählten auch Personen, die diese Organisationen unterstützt hätten, Mitstreiter der Dissidentenbewegung der 1960er Jahre und Mitglieder der 1989 gegründete ukrainische Nationalbewegung *Ruch*. Dadurch dass allein OUN und UPA sowie die mit ihnen verbunden Organisationen namentlich erwähnt werden, erhalten diese beiden Organisationen und die Zeit des Weltkrieges jedoch eine besondere Bedeutung im »nationalen Befreiungskampf«. Das im Gesetz fixierte Geschichtsbild soll die staatliche Unabhängigkeit und die Einheit des Landes auf ethnonationaler Grundlage legitimieren: »Die ganze Ukraine von Osten bis Westen kämpfte für ihre Unabhängigkeit.« In deutlichem Unterschied zur Kutschma-Zeit ist nun

der Kampf von OUN und UPA und nicht mehr ein national modifiziertes sowjetukrainisches Geschichtsbild von der »Wiedervereinigung der ukrainischen Länder im Bestand der Sowjetukraine« Grundlage der Einheit von Staat und Nation. Dem Bild einer Nation, die vor allem in den 1930er Jahren (z. B. während der Großen Hungersnot) Opfer der kommunistischen Diktatur war, wird so die Vorstellung eines bis zur Unabhängigkeit andauernden Widerstandskampfes hinzugefügt und so das nationale Selbstbild der heroischen Märtyrernation vervollständigt. Die rechtliche und soziale Rehabilitierung der UPA-Kämpfer tritt nun endgültig zugunsten einer gesetzlich sanktionierten Umwertung der Kriegsgeschichte in den Hintergrund. Den UPA-Veteranen wird nun gegenüber den sowjetischen Veteranen erinnerungspolitische Priorität eingeräumt.

Ob der Gesetzentwurf des Präsidenten eine Mehrheit finden wird, ist jedoch fraglich. Die größte Oppositionspartei, die *Partei der Regionen* (PR), lehnte das Vorhaben ab und argumentierte vordergründig staatstragend: Der Gesetzentwurf fördere nicht die Konsolidierung, sondern die Spaltung der Nation. Tatsächlich war und ist die PR nicht an einer grundsätzlichen Lösung interessiert oder sie demonstriert Gleichgültigkeit gegenüber dem Problem der UPA-Veteranen. Auf regionaler und lokaler Ebene hält die PR an Stereotypen des sowjetischen Kriegsmythos und der damit verbundene Brudervolk-Rhetorik fest, um ihre an engen ukrainisch-russischen Beziehungen interessierte süd- und ostukrainischen Wählerschaft zu mobilisieren. Aktuelle Konflikte mit Russland (NATO-Beitritt, Schwarzmeerflotte) werden auf kontroverse Perioden der Zeitgeschichte zurückprojiziert, skandalisiert und ursächlich mit einer historisch determinierten »Politik der Nationalisten« verknüpft.

Exklusive Tendenzen

Viktor Juschtschenko hat wiederholt versichert, dass sich die Bemühungen um die Anerkennung von OUN und UPA als nationale Befreiungsbewegung oder die Anerkennung des Holodomor als Genozid am ukrainischen Volk nicht gegen Russland oder andere Nationen richten, sondern darauf zielen, der Opfer der Verbrechen eines totalitären Regimes zu gedenken. Außerdem unterstrich er das Recht einer unabhängigen Nation auf eine »soveräne«, d. h. eigene Geschichte. Das von Juschtschenko geförderte Geschichtsbild, das die Geschichte der Ukraine als durchgehende Freiheitsbewegung gegen sowjetische Unterdrückung überhöht, bedeutet aber auch, die sowjetische Geschichte ausschließlich als Zeit der »Okkupation der Ukraine« zu deuten. Dies geht bei

vielen Intellektuellen und Politikern häufig nicht nur mit einer politischen, sondern auch kulturellen Abgrenzung von Russland und bisweilen auch von Polen einher. Der geschäftsführende Direktor des UINP, Juchnowskij, kontrastierte die Russländische Föderation als Rechtsnachfolger der UdSSR mit dem dauerhaft antikononialen, in der Gesellschaft stets lebendigen Unabhängigkeitsstreben der Ukrainer, das sich entweder im »offenen Kampf der Nationalpatrioten« geäußert habe oder auf die Durchsetzung des formalen Austrittsrechts der URSR aus der Sowjetunion gezielt habe. Die sowjetische Periode der Ukraine wird so als eine der »wahren« Nationalgeschichte fremde Zeit dargestellt und von der eigenen Geschichte getrennt. Als Folge geraten im nationalukrainischen Diskurs Vorwürfe gegen den »Kreml« häufig zu Beschuldigungen Russlands, dem allein die Verantwortung für Verbrechen in der Sowjetunion zugeschoben wird.

Die wiederholt geäußerte Kritik des russländischen Präsidenten Putin und anderer russländischer Regierungsvertreter an der ukrainischen Geschichtspolitik zeugt freilich kaum von einer Bereitschaft zum Dialog, sondern trägt eher zur Rechtfertigung exklusiver Tendenzen im nationalukrainischen Diskurs bei. Aus dem in Russland von staatlichen Institutionen weiter aufwendig gepflegten Mythos vom *Großen Vaterländischen Krieg* werden alte Pauschalurteile abgeleitet, welche die nationalen Organisationen der Ukraine meist auf nazistische Kollaborateure reduzieren. Nur allzu oft verbirgt die Beschwörung der gemeinsamen Geschichte ehemaliger Brudervölker eine grundsätzliche Nichtanerkennung der nationalen Erinnerung des Nachbarvolkes und seines Staates.

Ein ethnozentrisches Geschichtsbild vom Krieg führt oft zu einem Ausschluss »anderer« Opfergruppen und ihrer Erfahrungen. Obwohl die Ukraine einer der Hauptschauplätze des Judenmords war, wird der Holocaust anders als in der Sowjetzeit in Schulbüchern zwar erwähnt, aber meist als Marginalie behandelt. Das Ereignis wird kaum als Teil der eigenen Nationalgeschichte begriffen. In manchen ukrainischen Schulbüchern zur Weltgeschichte werden die Ereignisorte des Holocaust zwar für unterschiedliche europäische Länder, nicht aber für die Ukraine präsentiert. Schulbücher formen zwar keineswegs allein das Geschichtsbewusstsein; allerdings haben Einzeluntersuchungen gezeigt, dass der Holocaust für ukrainische Schüler noch ein abstraktes und fremdes Ereignis ist, das kaum etwas mit der Geschichte der Ukraine zu tun hat.

Unter Verweis auf die angebliche Verbindung von Juden mit dem sowjetischen Regime werden antijüdi-

sche Handlungen der »eigenen« Nation (z. B. während der Pogrome in der Westukraine im Sommer 1941) sogar gerechtfertigt. Die Ukrainer erscheinen als das Volk, das im Krieg am meisten gelitten hat. So behauptet ein durchaus prominenter ukrainischer Historiker wie Jaroslav Daschkevych zu den Pogromen im Sommer 1941 in der Westukraine, dass Juden im kommunistischen Russland den einzigen Retter vor deutschem Terror sahen und daher »die Rolle von Kollaboranten, die verständlicherweise ihrer Ausrichtung nach antiukrainisch waren, auf sich genommen hätten«. Antisemitismus oder antijüdische Handlungen von OUN oder anderen Ukrainern seien, so die fragwürdige Argumentation, »nur« gegen Juden im Dienste des Sowjetstaates bzw. NKWD gerichtet gewesen. Hartnäckige Vorurteile oder antisemitische Traditionen, die solche Stereotypen erst möglich machen, werden nicht diskutiert. Statt dessen werden Stereotypen vom »jüdischen Bolschewismus«, die im Sommer 1941 zum Kernbestand der OUN-Propaganda gehört hatten, weiterhin verwendet oder nicht eindeutig widerlegt. Außerdem bleibt bisweilen unterbelichtet, dass nicht nur Ukrainer und Polen, sondern auch Juden in hohem Maße Opfer des sowjetischen Terrors zwischen 1939 und 1941 wurden.

Opferhierarchisierung und Opferkonkurrenz sind auch mit Teilen des nationalukrainischen Diskurses um die Hungersnot 1932/33 verknüpft, in der die meisten ukrainischen Historiker heute einen Genozid am ukrainischen Volk sehen. Die Bezeichnung der Hungersnot als »ukrainischer Holocaust« drängt die Erinnerung an den eigentlichen Holocaust in den Hintergrund. Dies kann, wie Äußerungen mancher Intellektueller zeigen, auch mit der Verwendung antisemitischer Stereotype einhergehen: Da Juden prominente Positionen in der stalinschen Führung bzw. im NKWD eingenommen hätten, wird ihnen implizit eine Mitschuld oder Mitverantwortung für den Holodomor unterstellt.

Dass der Holocaust aus der »eigenen« Geschichte ausgeklammert wird, sollte aber nicht zu Fehlschlüssen über die offizielle Gedenkkultur der Ukraine führen. Am 50. Jahrestag des Massakers von Babij Jar im September 1991 erkannte die Regierung der unabhängigen Ukraine den Erinnerungsort als »Symbol des jüdischen Märtyrertums« an.

Das offiziell geförderte ukrainozentrische Geschichtsbild trägt aber zweifelsohne zur Verdrängung anderer Opfergruppen bei, die ebenfalls zur ukrainischen Geschichte gehören. Gleichwohl scheint das von Präsident Juschtschenko geförderte Bemühen, international den Holodomor als Genozid anerkennen zu

lassen, weniger auf eine Relativierung des Holocausts zu zielen, als darauf, dass die totalitäre Vernichtungserfahrung des Holodomor einen angemessenen Rang in der europäischen Erinnerungskultur erhält. Der Präsident betonte die Bedeutung des jüdischen Kulturerbes in der Ukraine und versprach, das Gedenken an den Holocaust zu wahren. Doch trotz entsprechender präsidialer Anordnungen, in Babij Jar eine Gedenkstätte zu errichten, hat die Regierung unterschiedlicher Couleur den Worten bislang keine Taten folgen lassen: Eine zentrale staatliche Holocaustgedenkstätte fehlt in der Ukraine bis heute.

In den westukrainischen Gebieten Galizien und Wolhynien, wo die jüdischen Gemeinden vor dem Zweiten Weltkrieg konzentriert waren, fehlt nicht nur eine staatliche Gedenkstätte an den Holocaust; Orte des jüdischen Lebens und des von den Deutschen organisierten Massenmords an den Juden werden sogar mit Denkmälern zu Ehren der Helden des ukrainischen Nationalismus überbaut. Jedoch ist die allgemein hohe Wertschätzung für die »Helden« von OUN und UPA in der westukrainischen Erinnerungskultur nicht ohne die spezifische regionale totalitäre Erfahrung zu verstehen. Die UPA, die ihren Kampf gegen die sowjetische Okkupation bis in die 1950er Jahre fortsetzte, wurde auch zum Symbol des Widerstands gegen die brutalen Repressionen der 1943/44 zurückgekehrten sowjetischen Herrschaft: Allein zwischen 1944 und 1952 wurden mehr als 200.000 Ukrainer in sowjetische Lager deportiert.

Abschließend muss aber auch erwähnt werden, dass die exklusiven Tendenzen in der nationalen Geschichtsdebatte in der Ukraine keineswegs unwidersprochen bleiben. Es gibt geschichtswissenschaftliche Institute und Zeitschriften wie *Krytyka* oder *Ź*, die gemeinsam mit der internationalen Forschung die staatliche Erinnerungspolitik kritisch analysieren und Tabus der Geschichte des ukrainischen Nationalismus im 20. Jahrhundert aufarbeiten. *Krytyka* bot wiederholt ein Forum für Kontroversen über weiße Flecken in der Geschichte der militärischen Formationen des ukrainischen Nationalismus und ihre Rolle während der antijüdischen Pogrome in der Westukraine im Sommer 1941. Einige jüngere ukrainische Historiker haben seriöse Einzelstudien über Kollaboration und Kooperation mit der deutschen Besatzungsmacht vorgelegt. Gleichwohl bleiben einzelne Themen, z. B. die Verknüpfung des Judenmords in der Ukraine mit unterschiedlichen Aspekten der ukrainischen »Nationalgeschichte«, weitgehend ein Tabu in den öffentlichen Debatten und der staatlichen Geschichtspolitik. Allein auf diese Weise

kann das Geschichtsbild einer »sauberen« »ukrainischen nationalen Befreiungsbewegung« und damit das moralisch höherstehende Bild einer heroischen Märtyrernation aufrechterhalten werden, das seine zentrale Grundlage in der Geschichte von OUN und UPA im Zweiten Weltkrieg hat. Nur in dieser Form eignet sich das

ukrainozentrische, auf die eigene Opferrolle konzentrierte Geschichtsbild als Mittel der Identifikation und Konsolidierung der Nation und ermöglicht der staatlichen Führung, sich als »Hüter« eines moralisch unblemten nationalen Gedächtnisses zu präsentieren und zu legitimieren.

Bei diesem Beitrag handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der in der Zeitschrift OSTEUROPA Heft 6/2008 erschienen ist.

Über den Autor:

Wilfried Jilge ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas e.V. (GWZO), Leipzig.

Lesetipp:

Eine ausführlichere Darstellung des Autors zum Thema findet sich in der Zeitschrift OSTEUROPA Heft Nr. 6/2008.

Wilfried Jilge: The Politics of History and the Second World War in post-Communist Ukraine (1986/1991–2004/2005). In: Wilfried Jilge/Stefan Troebst (Hrsg.): Gespaltene Geschichtskulturen? Zweiter Weltkrieg und kollektive Erinnerungskulturen in der Ukraine. Stuttgart 2006 (= Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 54 (2006), H.1, S.50–81).

Analyse

Der widerwillige Blick zurück. Judentum und Holocaust in der ukrainischen Erinnerung

Von Anatolij Podolskyj, Zentrum für Holocaustforschung, Kiew

Zusammenfassung

Die Ukraine war einst ein Zentrum des osteuropäisch-jüdischen Lebens. Im Holocaust wurden die meisten ukrainischen Juden ermordet. Damit ging auch die jüdische Kultur unter. In der Sowjetunion geriet sie in Vergessenheit. Während die offizielle ukrainische Erinnerungspolitik das jüdische Erbe ausblendet, bemühen sich Privatleute und Organisationen darum, die jüdische Kultur und Geschichte als Teil der ukrainischen Identität im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Dies ist ein schmerzhafter Prozess: Er verlangt den Ukrainern ab, die eigene Verantwortung für die Ermordung der Juden in ihrem Land anzuerkennen.

Einleitung

Ende des 19. Jahrhunderts lebten im Gebiet der heutigen Ukraine, die damals unter Herrschaft von Österreich-Ungarn und Russland stand, etwa drei Millionen Juden, d. h. fast ein Drittel der damaligen jüdischen Weltbevölkerung. Die Ukraine stellte ein Zentrum des religiösen, literarischen, politischen osteuropäischen Judentums dar. Ende der 1930er Jahre galt diese Zahl weiterhin.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden dann ebenso wie in anderen Gebieten, die sich zeitweise unter

der Kontrolle der Nationalsozialisten befanden, fast alle Juden umgebracht und die jüdischen Gemeinden vernichtet. Den Holocaust überlebten nur diejenigen, die weiter in den Osten der Sowjetunion, nach Zentralasien oder Sibirien geflüchtet waren oder die den Krieg als Soldaten der Roten Armee überlebt und mitgeholfen hatten, die Ukrainer, Russen, Polen und Weißrussen gegen das Hitler-Regime zu verteidigen. Das Verhältnis zwischen Juden und Ukrainern während des Krieges war jedoch äußerst komplex. Viele Nicht-Juden in der Ukraine kollaborierten mit den Nationalsozialis-